

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Energie darf nicht Luxusgut werden: Mehrwertsteuer auf Energiepreise auf 7 Prozent senken – Energieversorgung sozial gerecht umbauen!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

I.

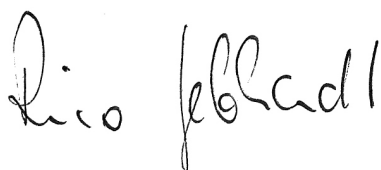
aufgrund der angespannten Weltmarktlage zur dringend erforderlichen, spürbaren finanziellen Entlastung für Verbraucherinnen und Verbraucher unverzüglich gegenüber dem Bund und im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass der Mehrwertsteuersatz auf Energie-, Heiz-, Brenn- und Kraftstoffpreise für private Haushalte, Verbraucherinnen und Verbraucher schnellstmöglich auf **mindestens sieben Prozent (7%-Mehrwertsteuer)** abgesenkt wird.

II.

sich gegenüber dem Bund und im Bundesrat zur Gewährleistung eines langfristig bezahlbaren Zugangs zur Energieversorgung für alle privaten Haushalte als Bestandteil der europarechtlich und grundgesetzlich garantierten Daseinsvorsorgepflicht des Staates sowie zur Verhinderung von Energiearmut einkommensschwacher Privathaushalte für die unverzügliche Umsetzung eines **Maßnahmepaketes „Sozial gerechter Umbau der Energieversorgung“** einzusetzen und die dafür notwendigen Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen sowie alle hierauf gerichteten Initiativen anderer Bundesländer und Akteure zu unterstützen:

Dresden, 19.10.2021

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

1. gesetzliches Verbot der Sperrung oder Abschaltung der Strom- und Gasversorgung für private Haushalte, Verbraucherinnen und Verbraucher, insbesondere bei besonders schutzbedürftigen Personengruppen wie beispielsweise Familien mit Kindern, chronisch Kranken, Menschen mit Behinderungen, Senioren und pflegebedürftigen Menschen, die die zur Begleichung der Strom- und Gasrechnungen erforderlichen Finanzmittel aus eigener Kraft nicht aufbringen können;
2. deutliche Anhebung des derzeitigen Anteils für die Strom- und Heizkosten im Regelsatz nach dem SGB II sowie dessen regelmäßige jährliche Anpassung an den jeweiligen Verbraucherpreisindex;
3. Gewährung von staatlichen Zuschüssen für den Erwerb von energiesparenden Haushaltsgeräten und Haushaltsinstallationen im Austausch für energieintensive Altgeräte für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II und dem SGB XII sowie von Wohngeld und Kinderzuschlag;
4. Bereitstellung von kostenlosen, aufsuchenden Beratungsangeboten zu Möglichkeiten und Mitteln der Energieeinsparung für private Haushalte;
5. Einführung einer für alle Energieversorgungsunternehmen verbindlichen, sozial gerechten und ökologische Anreize bietenden einheitlichen Stromtarifstruktur, die insbesondere ein an der jeweiligen Haushaltsgröße orientiertes festes Strom-Freikontingent (Gratis-Sockel) beinhaltet, unter Nutzung aller dazu bestehenden rechtlichen, sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Möglichkeiten zur Sicherstellung einer angemessenen Grundversorgung mit Strom für alle privaten Haushalte;
6. Wiedereinführung der staatlichen Strompreisaufsicht und Genehmigungspflicht für Verbraucherstrompreise durch die Landeskartellbehörden unter Einbeziehung eines mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden zusammengesetzten Strompreisbeirates zur Sicherstellung einer effektiven Kontrolle und eines wirksamen Einflusses auf die Entwicklung der Strompreise und zur Verhinderung von Willkür bei der Strompreisbildung der Energieunternehmen.

Begründung:

Die bisher unverändert anhaltenden Preissteigerungen für die Lieferung von (Flüssig)Gas und Erdöl resultieren aus der Ausnutzung der deutlich gestiegenen Nachfrage durch machtvolle, milliardenschwere Kartelle und Globalplayer zu deren Profitmaximierung. Diese Preisspirale lässt auch in Sachsen die Ausgaben privater Haushalte und Verbraucher*innen für Energie-, Heiz- Brennstoff- und Kraftstoffpreise seit dem Sommer unaufhörlich steigen.

Gerade in der jetzigen Zeit der bevorstehenden Wintermonate und in einer Situation, in der nicht nur viele Menschen immer noch in Armut leben, von Arbeitslosigkeit betroffen sind, auf Grund der Beschäftigungspolitik in Sachsen mit einem Niedriglohn auskommen müssen oder immer noch in Kurzarbeit sind, sind derartige Energiepreissteigerungen finanziell nicht mehr zu verkraften.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE darf Energie für Menschen nicht zum Luxusgut werden. Die Gewährleistung des Zugangs zu bezahlbarer Energie ist elementarer Bestandteil der Daseinsfürsorge des Staates und erfordert in der gegenwärtigen Situation eine ebenso wirksame wie für alle Menschen spürbare politische Reaktion auf allen Ebenen, um der Energie-Preisspirale Einhalt zu gebieten. Dazu ist es unbedingt notwendig, die derzeitigen Energiepreise deutlich und nachhaltig zu senken – insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Winter, damit niemand frieren muss.

In Anbetracht der erfolgreichen Initiativen anderer europäischer Staaten wie Frankreich, Italien oder Spanien, die vormachen, wie Energiepreise gesenkt werden können, sieht die Fraktion DIE LINKE den Landtag in der unmittelbaren politischen Verantwortung, schnellstmöglich in entsprechender Weise dem Antragsbegehren folgend zu handeln.

Davon ausgehend, dass die Mehrwertsteuer als bloße Konsumenten-/Endverbrauchersteuer keine gezielten Wirkungen für die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen hat, soll die Staatsregierung unverzüglich und mit Nachdruck gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat darauf hinwirken, dass der derzeit geltende Mehrwertsteuersatz auf Energie-, Heiz-, Brenn- und Kraftstoffpreise zugunsten privater Haushalte und Verbraucher*innen von 19 Prozent auf mindestens 7 Prozent abgesenkt wird. Nur so wird bei weiterhin steigenden oder unverändert hohen Energiepreisen gewährleistet, dass der Zugang zu bezahlbarer Energie für alle ermöglicht wird und nicht zuletzt auch die im Niedriglohnland Sachsen massiv betroffenen Haushalte mit unteren Einkommen spürbar finanziell entlastet werden.

Da der Staat bisher mit der 16- bzw. 19-Prozent-Mehrwertsteuer von den bisherigen steigenden Energiepreisen profitiert hat und auch weiter profitiert, ist die Absenkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent nicht nur finanzierbar, sondern mehr noch sozial und gerecht.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE bedarf es neben dieser Sofortmaßnahme hinaus die schnellstmögliche Auflage des mit dem Antragspunkt II – bereits wiederholt – eingeforderten Maßnahmenpaketes „**Sozial gerechter Umbau der Energieversorgung**“.

Dieses dient der Sicherstellung und Aufrechterhaltung eines langfristig bezahlbaren Zugangs zur Energieversorgung für alle privaten Haushalte als Bestandteil der Daseinsvorsorgepflicht des Staates. Ein akuter Handlungsbedarf besteht hierbei in Sachsen nach wie vor: So kam es ausweislich der Kleinen Anfrage Drs 7/1709 allein im Jahr 2019 in Chemnitz zu 1.528, in Dresden zu 2.193 und in Leipzig zu 3.962 Stromabschaltungen, die im Durchschnitt 4 Tage dauerten. Insbesondere der so genannte Gratissockel beim Strom ist hier ein wichtiges Instrument, um die Grundversorgung mit Strom für Privathaushalte sicherzustellen. Der dazu unterbreitete Vorschlag sieht vor, dass jeder Stromanbieter verpflichtet wird, jedem Haushalt ein Grundkontingent an Strom zur Verfügung zu stellen, das von der Haushaltsgröße abhängt. Zudem braucht es ein wirksames gesetzliches Verbot der Sperrung oder Abschaltung der Strom- und Gasversorgung für private Haushalte insbesondere bei besonders schutzbedürftigen Personengruppen, die ihre Strom- und Gasrechnungen nicht aus eigener Kraft aufbringen können.